

Dossier – Arbeit

Fortsetzung von Seite 27

Der Campus mutet wie ein großes Schulheim an, wo die meist sehr jungen Werkstätigen ganz im Sinne beweglicher Massen den täglichen Arbeitsanforderungen gemäß hin- und herbewegt werden. Ein Großteil des Lohnes wird zu den Familien nach Hause geschickt, eigene Ausgaben sind minimal, und alle jungen Mädchen, manche nicht einmal 17 Jahre alt, träumen von irgendetwas: vom eigenen Haus auf dem Land, vom Weiterziehen nach Shanghai oder Hongkong, von relativem Reichtum, vom Reisen oder von einem eigenen kleinen Geschäft.

Missachtung der Gesetze

Wie sehr die Welten sich unterscheiden, hat der jüngste Fall der Schließung der Handy-Produktion von Benq Mobile in Deutschland gründlich illustriert. Mit Suzhou konnten die beiden Hochlohnfabriken der deutschen Benq natürlich unmöglich konkurrieren, jede andere Fantasie deutscher Betriebsräte war weit mehr als unrealistisch. Während in China bei einer Betriebsschließung eines ausländischen Unternehmens Hunderte bis Tausende Leute ohne viel Aufheben vor die Tür gesetzt werden und sich eben nach etwas anderem umsehen müssen, wird nun in Deutschland von den erbosten 3000 Benq-Mitarbeitern das Arbeitsrecht nach Strich und Faden zerpfückt, um zu Nachzahlungen, Entschädigungen und Wiedergutmachungen zu kommen. Was nicht heißt, dass es in China kein gutes Arbeitsrecht gäbe. Schon das Selbstverständnis eines Arbeiter- und Bauernstaates bringt es mit sich, dass Arbeiterrechte hochgehalten

werden; in den staatlichen Unternehmen wird auch einigermaßen genau darauf geachtet, und Arbeiter haben durchaus schützende Ansprüche.

Bei den ausländischen Firmen in China ist aber die Nichtachtung der Arbeiterrechte gang und gäbe, wie etwa auch der neue Dokumentarfilm „China Blue“ des Regisseurs Micha X. Peled zeigt. In diesem Film illustrieren Mitarbeiter von Arbeitsrechtsorganisationen aus Hongkong das wahre Gesicht des neuen chinesischen Arbeitsparadieses. 16 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche zu Hungerlöhnen sind – obwohl offiziell gar nicht erlaubt – normaler Usus in China. Der Film zeigt, wie überwiegend junge Frauen ihre Heimatdörfer verlassen, um in den Städten Arbeit zu finden. „Sie haben kaum eine andere Wahl, als in Fabriken unter unmenschlichen und gefährlichen Bedingungen zu arbeiten. Sie wissen nicht über ihre Rechte Bescheid“, sagt Yuk Yuk Choi von „Worker Empowerment“ in Hongkong.

Das chinesische Arbeitsgesetz schreibt eine tägliche reguläre Arbeitszeit von maximal acht Stunden vor. Überstunden, die monatlich bis zu siebenmal höher als der festgelegte Höchstwert von 36 Stunden sind, werden häufig nicht ausbezahlt. Das Mindestgehalt von umgerechnet 70 Euro wird nur selten beachtet.

Natürlich ist China – nicht zuletzt aufgrund solcher kritischen Berichte – daran interessiert, die Situation zu verbessern. Die allgegenwärtige Korruption und lasche Behörden bringen es mit sich, dass Inspektionen der Arbeitsbehörden oft vorher dem Fabrikleiter angekündigt werden. Auch gefälschte Arbeitsverträge und eingelernte, erfundene Ge-

schichten von Arbeitern, die die Inspektoren zu hören bekommen, sind die Norm, sagte Jenny Chan, Mitarbeiterin der Arbeitsrechts-NGO „Students and Scholars against Corporate Misbehaviour“ aus Hongkong kürzlich bei einem Vortrag in Wien.

Die Sub-Unternehmenskultur

Das nächste Problem der Umgehung des Arbeitsrechts in China ist die florierende Gründungskultur von Sub-Unternehmen. An einer Kette von Auslagerungen steht meist ein einzelner Kleinbetrieb oder sogar nur eine einzelne Person, die Auftragsarbeit ohne jegliche Rechte, meist in Heimarbeit und unter großem Zeit- und Qualitätsdruck erledigt.

Die mahnden Initiativen sind natürlich in hohem Maße löblich, sie werden aber der Globalisierung auch keinen Riegel vorschieben. Denn die Abwanderung der produzierenden Industrie aus dem Westen in Niedriglohnländer wie China und Indien ist weder aufzuhalten noch rückgängig zu machen. Sie ist einfach ein weltwirtschaftlicher Prozess, an dessen Ende noch ein großes Fragezeichen steht. Natürlich wird sich China in den nächsten Generationen wandeln, die Diktatur der Partei wird nicht aufrechtzuerhalten sein, und die Arbeiter und Bürger werden mehr Rechte, höheren Lohn, mehr Wohlstand und mehr Freiheit verlangen.

Währenddessen wird sich der Westen und insbesondere Europa hoffentlich so weit zur Dienstleistungsgesellschaft gewandelt haben, dass sich ein gewisser Ausgleich schaffen lässt. Denn wenn schon die Abwanderung der produzierenden Industrie nicht aufzuhalten ist und viele Menschen ihre Arbeit in den westlichen Fabriken verlieren, so können sie sich mit dem



Ausländische Unternehmen freuen sich über die Niedriglöhne in China. Überstunden werden oft nicht ausbezahlt. Foto: APA-Images/EPA

geringeren Geld, das ihnen dadurch zur Verfügung steht, wenigstens billige Produkte aus Fernost kaufen. Was wie eine zynische Schlussfolgerung klingt, wird mittlerweile auch schon von angesehenen Wirtschaftstheoretikern argumentiert.

Europa ist gefordert

Mei Zhaorong, Chinas Ex-Botschafter in Berlin, Präsident des Chinesischen Volksinstituts für auswärtige Angelegenheiten und Berater der chinesischen Regierung, hatte kürzlich in einem Gastbeitrag für die Zeitung *WirtschaftsBlatt* aber auch die Sichtweise der Chinesen in dieser Entwicklung dargelegt. Zhaorong schreibt, dass „besonders die Gewerkschaften in Europa glauben, dass die chinesischen Exporte Jobs in Europa kosten. Leider schieben die Leu-

te die Schuld auf die Chinesen. In Wirklichkeit sind es aber ihre eigenen Unternehmen, die aufgrund von Kostenüberlegungen in China produzieren und damit hohe Gewinne machen.“ Dass mit dem globalisierten Markt die wirtschaftliche Konkurrenz stärker werde, sei logisch, meint Zhaorong. Eigentlich hätten die Chinesen dies von Europa und Amerika gelernt: „Konkurrenz bringt Fortschritt, hat man uns immer wieder gesagt. Wenn man A sagt, muss man auch B sagen.“ Die Europäer sollten sich anstrengen, auf höherem Niveau zu produzieren, so die Argumente des Ex-Botschafters. Dafür müsse sich die europäische Wirtschaft strukturell umstellen und vor allem ihre sozialen Wohlstandssysteme reformieren.

Antonio Malony

Unser Kunde ist ein führender, europäischer Anbieter von Software - Lösungen mit Tochterunternehmen in ganz Europa. Im Zuge der Expansion suchen wir für den strategisch wichtigen Standort Wien eine(n)

Key Account Manager (w/m) (Branchenschwerpunkt Financial Services)

und

Key Account Manager (w/m) (Branchenschwerpunkt Handel/Industrie)

Die Aufgaben

- Betreuung bestehender Kunden
- Eigenverantwortlicher Ausbau des Kundenstocks, v.a. im Bereich Financial Services bzw. Handel/Industrie
- Marktanalyse und Marktrecherche

Die Anforderungen

- Wenigstens 2 Jahre Erfahrung im Vertrieb, idealerweise IT-Lösungsvertrieb
- Gutes Verständnis von Geschäftsprozessen und betriebswirtschaftlichen Zusammenhängen im Bereich Financial Services bzw. Handel/Industrie
- Sehr gute Präsentationskenntnisse, ausgeprägte soziale Kompetenz und gewinnende Persönlichkeit
- Gute Englischkenntnisse

Das Angebot

- Arbeit in einem jungen, unkomplizierten Team in einem flach strukturierten, stetig wachsenden, internationalen Unternehmen
- Klares, leistungsorientiertes Gehaltsschema
- Individuelle Weiterentwicklungsmöglichkeiten

LEHNER EXECUTIVE PARTNERS

Wenn Sie diese attraktive Position anspricht, freut sich unsere Beraterin Frau Mag. Martina Bischof auf Erhalt Ihrer aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen (per E-Mail): mb@lehnerexecutive.com

Löwelstr. 12/1/1, 1010 Wien

Tel: +43-1- 532 43 80, www.lehnerexecutive.com, mb@lehnerexecutive.com